

ALLE SCHÄFCHEN IM TROCKENEN?

Wohlstand und soziale
Kälte in Unserland

Liebe LeserInnen,



die Glücksforschung bringt es auf den Punkt. Die glücklichsten Menschen finden sich nicht in den mediterranen Ländern, dort wo das Essen so gut schmeckt und man der Sonne beim Versinken im Meer so gerne hinterher schaut. Sie finden sich auch nicht in den reichsten der reichen Länder, in jenen mit der höchsten Porschedichte. Der „World-Happiness-Report“, 2012 erstmals von den Vereinten Nationen erstellt, sieht die Skandinavier als „die glücklichsten Menschen“, allen voran die Dänen. Was Glück konkret bedeutet, hängt natürlich von den persönlichen Bedürfnissen ab. Doch irgendetwas muss in Skandinavien da noch hinzukommen. Erklärt wird diese Auffälligkeit von den „Glücksforschern“ damit, dass es sich bei den Skandinaviern um ausgeglichene, weitestgehend egalitäre Gesellschaften handelt, in denen solidarische Gedanken groß geschrieben werden.

Anders verhält es sich da beispielsweise bei der auf Platz 30 rangierenden Bundesrepublik.

Auch hier sind trotz Finanzkrise die Reichen in den letzten Jahren reicher geworden. (Oder muss es heißen: gerade durch die Finanzkrise?) Die reichsten zehn Prozent in Deutschland verfügen über mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens, während die untere Hälfte der Haushalte gerade mal ein Prozent besitzt. Die Quote der von Armut bedrohten Menschen stieg zwischen 2010 und 2011 von 14,5 auf 15,1 Prozent. Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten haben in den letzten zehn Jahren neun Prozent ihres Bruttoeinkommens verloren. Diese statistischen Ungeheuerlichkeiten ließen sich so weiter fortführen. Uns bestätigen sie das, was sich im Alltag offenbart: Menschen, die Mülleimer nach Verwertbarem durchsuchen oder Leergut sammeln, um sich das Flaschenpfand zu verdienen. Menschen,

denen ein Job nicht mehr reicht, um über die Runden zu kommen. Zunehmende Prekariisierung von ganzen Stadtteilen.

Lange hat die Mehrheitsgesellschaft geflüchtig weggeschaut, wenn die eine oder der andere abgehängt wurde. Doch langsam geht es der Mehrheitsgesellschaft selbst an den Kragen. Nicht zuletzt der Gedanke an drohende Altersarmut schreckt uns auf und (fast) alle ordnen sich auf der einen Seite der 99 Prozent ein. Zeit, dass sich was dreht, und zwar ganz grundsätzlich.

Wir GRÜNE werden gemeinhin mit dem Thema Umweltpolitik in Verbindung gebracht. Aber dass das Thema Sozialpolitik bei uns einen mindestens genauso hohen Stellenwert hat, zeigt die Programmentwicklung der letzten Jahre. Kommunal-, landes- und bundespolitisch treten wir ein für eine ausgeglichene, faire und im Umgang miteinander respektvoll agierende Gesellschaft.

Mit dieser Grindo wollen wir hierzu weitere Gedanken anregen.

Gefordert wird übrigens neuerdings auch, das Recht auf Glück ins Grundgesetz zu schreiben, so wie es in der Verfassung des Königreichs Bhutan seit 2008 verankert ist. Doch dies ist nicht mehr nötig. Denn man findet das Recht auf Glück längst schon in unserer Verfassung, ausgedrückt in der Formel: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“. So steht es gleich an erster Stelle – der solidarische Gedanke leitet sich direkt davon ab.

In diesem Sinne, mit GRÜNEN Grüßen,

Remo Licandro
Sprecher des Kreisverbands Dortmund



Echt schräg	
Vorwort: Remo Licandro	2
Die neue Fraktion	
Mehr GRÜN war nie	4–6
Urwahl der SpitzenkandidatInnen	
Ein kleiner Urknall für Demokratie und Transparenz	6
Das Revier der abgestürzten Heuschrecken	7
„Hacheneys ist überall“ oder Wer Zuflucht sucht, muss Zuflucht finden	
„Asylaufnahme überfüllt“ – „Wo sollen die Menschen denn hin?“	8–9
Zur Kandidatur	
Katja Bender	10–11
Zusammen hält besser	
34. Bundesdelegiertenkonferenz in Hannover	11
Überlegungen zur Verteilungssituation in Deutschland	
Markus Kurth	12–13
Zur Kandidatur	
Markus Kurth	13
Die Ware „Wohnung“ muss bezahlbar sein	
Daniela Schneckenburger	14–15
Nach Düsseldorf und dann durchs Land	
Mario Krüger	16–17
Steigende Strompreise	
Die Bundesregierung erhöht kräftig mit	18–19
Beitrittserklärung	19
Termine, Kontakte & Impressum	20



MEHR GRÜN WAR NIE

Wolfram Frebel
Gerard Engleder

Hans-Georg Schwinn Saziye Altundal-Köse
Ursula Hawighorst-Rüßler

Ulrich Langhorst
Jürgen Brunsing

Martina Stackelbeck
Ingrid Reuter

► Die Wiederholung der Kommunalwahl am 26. August hat uns GRÜNEN mit 17,2 Prozent das beste kommunale Wahlergebnis seit Beginn der Ratsarbeit beschert. Mehr GRÜN war nie. Wermutstropfen war allerdings die mit 33 Prozent sehr geringe Wahlbeteiligung. Die neue GRÜNE Fraktion besteht erneut aus 15 Ratsmitgliedern, obwohl der Rat insgesamt kleiner geworden ist. Dazu kommen fünf sachkundige BürgerInnen, die unsere Arbeit in den Ausschüssen verstärken. Mit ihrer Konstituierung nach der Wahlwiederholung hat die GRÜNE Fraktion auch einen neuen SprecherInnenrat gewählt: Ingrid Reuter als Sprecherin, Uli Langhorst als Sprecher und Martina Stackelbeck als Beisitzerin.

Die grobe Linie

Das Ergebnis der Wiederholungswahl sorgt dafür, dass es in den nächsten beiden Jahren im Rat keine klaren Mehrheitsverhältnisse geben wird. Ein fester Koalitionspartner zur Umsetzung unserer politischen Ziele ist momentan nicht in Sicht. Das heißt für uns, dass wir unseren eigenständigen GRÜNEN Kurs der letzten Jahre weiterverfolgen werden. Die Zeit bis zur nächsten regulären Kommunalwahl 2014 werden wir nutzen:

- Wir machen weiterhin im Rat Politik mit einem klaren Profil.
- Wir verdeutlichen die GRÜNEN Positionen in wesentlichen Fragen der Stadtentwicklung.
- Wir suchen Mehrheiten für unsere politischen Vorstellungen.

Die nächsten beiden Jahre werden zeigen, ob und mit wem es nach 2014 eine Zusammenarbeit für ein soziales, ökologisches, demokratisches und buntes Dortmund geben kann.

Der neue SprecherInnenrat

Ingrid Reuter ist seit Herbst 2007 Sprecherin der Fraktion und seit 2009 Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen und Immobilien. Hauptberuflich arbeitet sie als selbstständige Sachbuchredakteurin.

Ulrich Langhorst ist seit September diesen Jahres Sprecher der Fraktion. Seit 2009 ist er Mitglied des Rates und



Ulrike Märkel
Birgit Pohlmann

Svenja Noltemeyer
Benjamin Beckmann

Barbara Blotenberg
Birgit Unger

Uta Schütte-Haermeyer
Claudia Plieth

Leider nicht auf dem Foto: Wolfgang Gurowietz, Axel Kunstmann und Uwe Tietz

Neue dicke Bretter

vertritt dort die Fraktion im Bereich der Sozialpolitik und der Arbeitsmarktpolitik. Hauptberuflich arbeitet er im Wahlkreisbüro des GRÜNEN Dortmunder Bundestagsabgeordneten Markus Kurth.

Martina Stackelbeck ist neue Beisitzerin im SprecherInnenrat. Die 53-jährige Diplom-Volkswirtin ist seit 2006 sachkundige Bürgerin im Wirtschaftsausschuss und seit 2009 Mitglied des Rates. Ihre Schwerpunkte liegen auf den Themen Wirtschaft und Beschäftigungsförderung sowie Personal und Organisation.

_ Rekommunalisierung der DEW 21
Das GRÜNE Ziel bleibt: Die Beteiligung der RWE an DEW 21 komplett beenden.

_ Flughafen
Es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass die Europäische Union Auflagen durchsetzen wird, mit denen das bisherige Geschäftsmodell scheitert. Deshalb stoßen wir GRÜNE eine Grundsatzdiskussion über die Zukunft des Flughafens an.

_ Neue Gewerbegebiete
Nach der geplatzten rot-GRÜNEN Zusammenarbeit beschlossen SPD und CDU in schlechtester Große-Fraktion-Manier weitere Gewerbegebiete. Das ist nicht nur ökologisch katastrophal, die

Gebiete werden gar nicht gebraucht. Dass der Groppenbruch aus wirtschaftlichen Gründen nun zunächst doch nicht als Gewerbegebiet genutzt werden kann, bestätigt und freut uns. Wir werden uns der unnötigen und unökologischen Ausweisung weiterer Gewerbegebiete in Rat und Ausschüssen ebenso entgegenstellen wie dem Weiterbau der OW IIIa (L 663n) in Asseln und Wickede.

_ Nordstadt
Weiterhin ziehen viele Menschen aus Osteuropa in die Nordstadt. Ihre soziale Absicherung und ihre Integration (insbesondere die der betroffenen Kinder) stehen für uns im Mittelpunkt der Diskussion. ▶

_ Kinder- und Jugendpolitik

Gemeinsam mit der GRÜNEN Dezernentin Waltraut Bonekamp werden wir daran arbeiten, dass der Rechtsanspruch auf einen U3-Betreuungsplatz weitestgehend erfüllt werden kann, ohne Standards gravierend zu verändern.

_ Haushalt 2013

Bis jetzt konnte die Stadt in jedem Jahr einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen. Nach dem Entwurf des Kämmerers trennen uns dieses Mal allerdings nur noch ca. 6 Millionen Euro von der Haushaltssicherung. Wie schnell ein so kleines Polster aufgebraucht ist, zeigen die gesunkenen Gewerbesteuer-einnahmen, die Mehrkosten im U-Turm oder auch die Mehraufwendungen im

Jugendamt für unbegleitete Flüchtlinge und Hilfen zur Erziehung. Doch im Moment (Anfang Dezember) ist nicht klar, ob der Haushalt wie vorgesehen im Dezember verabschiedet werden kann und wird.

_ Personal- und Organisationspolitik

Die Stadt muss trotz der Haushaltsmiserie notwendige Aufgaben bewältigen können, ohne dass dies zulasten der städtischen MitarbeiterInnen geht. Um die vorhandenen personellen Ressourcen effizient und flexibel einsetzen zu können, braucht die Stadt ein qualifiziertes Personal- und Organisationsentwicklungskonzept. Bis heute schaffte es der Oberbürgermeister als Personaldezernent nicht, ein solches Konzept vorzulegen.

_ Haushaltsehrlichkeit

Ein wichtiges Kriterium für unsere Zustimmung oder Ablehnung des Haushalts wird die Haushaltsehrlichkeit sein. Das Durcheinander der letzten Wochen muss vollständig aufgeklärt werden, um die Handlungsspielräume klar definieren zu können und GRÜNE Projekte im Bereich der Sozial- und Umweltpolitik voranzutreiben. ●

Ingrid Reuter, Ulrich Langhorst und Martina Stackelbeck bilden den SprecherInnenrat der GRÜNEN Ratsfraktion.

URWAHL DER SPITZENKANDIDATINNEN

Ein kleiner Urknall für Demokratie und Transparenz

► Besser konnte es überhaupt nicht kommen: Da streiten sich unsere „Spitzen“leute, wer von ihnen uns alle als SpitzenkandidatInnen für die Bundestagswahl 2013 vertreten soll. Und weil sie sich nicht einigen können, erinnert sich Claudia Roth genau daran – dass nämlich die beiden uns alle vertreten und schlägt vor, die Basis entscheiden zu lassen – also aus der Not eine Tugend zu machen. Jedes Mitglied konnte sich entweder für zwei Frauen oder eine Frau und einen Mann entscheiden. Aussichtsreich waren drei Frauen und ein Mann. Auf Jürgen hätten viele gewettet, bei den Frauen war es nicht ganz so einfach, aber Katrin hatte sicherlich die schlechteste Quote gegen die Parteichefin und die Fraktionsvorsitzende.

Wir alle entschieden uns mit 47,3 Prozent für Katrin Göring-Eckardt und mit 71,9 Prozent für Jürgen Trittin. Darüber lohnt es sich nachzudenken.

Vom Bund...

Die Basis übernimmt Verantwortung. Sie entscheidet klug, dass die Parteivorsitzende nicht als Spitzenkandidatin in den Bundestagswahlkampf zieht. Sie trennt Amt und Mandat und stärkt letztlich das Spitzenteam. Claudia bekommt 26,2 Prozent der Stimmen. Für sie ein herber Schlag, aber die Wahl zur Parteivorsitzenden fällt danach mehr als eindeutig aus:

88 Prozent der Delegierten wählen sie in Hannover – ein „candy-storm“ für ihre Seele und die Seele der Partei.

Dass die Wahl zwischen den beiden Realas für Katrin ausging, könnte mehr gegen Renate Künast (38,6 Prozent) als für Katrin sprechen. Auf der einen Seite die wenig kuschelige Verliererin von Berlin, auf der anderen Seite eine Frau, deren sozialpolitisches Profil sich in den letzten Jahren von Hartz IV weg geschärft hat und die die bürgerlichen GRÜN-WählerInnen in der Mitte der Gesellschaft auch mit ihrem Engagement in der Evangelischen Kirche anspricht.

Steffi Lemke verkündete das Ergebnis der Urwahl mit den Worten „Hinterzimmerpolitik hat es ab heute schwerer“. Damit zeigte sie einen entscheidenden Unterschied zur SPD auf, in der drei Männer die Spitzenkandidatur unter sich ausgekungelt haben und die Partei zum Absegnen dieses Beschlusses zwingen.

Nicht genug damit: Im nächsten Sommer entscheiden wir alle über die zehn Schwerpunkte für einen „knallgrünen Wahlkampf“ (Steffi) – in zeitgleichen Mitgliederversammlungen.

Seien wir stolz: Wir machen, was andere postulieren und nicht schaffen. Die Resonanz ist durchweg positiv. Lassen wir uns in die Pflicht nehmen.

... nach Lütgendortmund

Das gilt auch für unsere Politik vor Ort. Und welche Möglichkeiten wir als Kreisverband finden, Wählerinnen und Wähler in die Entwicklung GRÜNER Programmatik einzubinden, das werden wir diskutieren und entscheiden.

Eines aber geht auf keinen Fall – und damit kommen wir von der Bundesebene zur Bezirksvertretung Lütgendortmund: Wenn GRÜNE hier den Antrag stellen, Tagesordnungen und Protokolle der Sitzungen öffentlich an markanten Stellen auszuhängen und Bürgerinnen und Bürger zu ihren Themen in der Bezirksvertretung reden zu lassen – wie auch immer – dann ist das weder naiv noch wirtsch noch sonst irgendetwas völlig abseitiges, wie es der SPD-Bezirksvorsteher abqualifiziert und dabei von der CDU unterstützt wird, sondern ganz einfach wichtig, um Menschen in die Politik für ihr Lebensumfeld einzubeziehen im Sinne von Transparenz und Demokratie. ●

Hilke Schwingeler

ist Sprecherin des Kreisverbands Dortmund.

DAS REVIER DER ABGESTÜRZTEN HEUSCHRECKEN



► So beschreibt ein aktuelles Flugblatt des Dortmunder Mietervereins die Situation in Westerfilde. Doch auch in anderen Stadtteilen Dortmunds, vor allem in der Nordstadt, ist der Wohnungsmarkt schwierig. Wir brauchen ein abgestimmtes kommunales Handeln, um die Lage für die AnwohnerInnen zu verbessern.

Seit 2004 stehen immer wieder Wohnungsbestände aus den Sechziger- und Siebzigerjahren zum Verkauf. Finanzinvestoren mit ausschließlicher Verwertungsinteresse kaufen Bestände auf und kümmern sich anschließend nicht mehr um die Wohnungen und ihre MieterInnen. Stattdessen wird erneut verkauft oder Insolvenz angemeldet. Paradoxerweise bedeutet die Insolvenzverwaltung für die leidtragenden MieterInnen meist eine Verbesserung der oft unhaltbaren Zustände. Denn der Insolvenzverwalter sorgt für eine ordentliche Bewirtschaftung.

Oft sind die Wohnungen so heruntergewirtschaftet, dass dort nur noch solche Menschen wohnen, die aus finanziellen Gründen woanders überhaupt nicht unterkommen können. Menschen aus unterschiedlichsten Ethnien, deren Wohngewohnheiten häufig Ausdruck großer Armut und Unkenntnis der bei uns üblichen Regeln „geordneter“ Zusammenlebens sind. Menschen, die aus der Perspektivlosigkeit und Diskriminierung in ihrer Heimat fliehen und sich hier in menschenunwürdigen Wohnsituationen wiederfinden. Hier entsteht sozialer Sprengstoff, der sich weder durch kommunales Quartiersmanagement noch durch Mieterbeiräte entschärfen lässt.

Neue Enquetekommission des Landes

Am 26. Oktober 2012 startete die Enquetekommission „Wohnungswirt-

schaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW“ in die neue Legislaturperiode. Daniela Schneckenburger hat den Vorsitz. In einer öffentlichen Anhörung von ExpertInnen ging es zunächst um die Frage, inwieweit das rechtliche Repertoire wirksam genug ist, um die Finanzinvestoren bzw. Heuschrecken in ihre Schranken zu weisen. Mit einem Verbandsklagerecht etwa könnten Mietervereine bei regelmäßigen Verstößen gegen das Mietrecht stellvertretend für alle betroffenen MieterInnen klagen. Weitere Vorschläge: Modernisierungs- und Instandsetzungsgebote vereinfachen, die gezahlten Instandhaltungspauschalen sichern oder einen Gebäude-TüV einführen, ähnlich wie beim Auto.

Dabei wurde deutlich, dass zukünftig auf allen Ebenen, egal ob es sich um Abrissförderung oder eine Sanierungssatzung handelt, die Quartiersentwicklung im Fokus stehen wird. Aber ohne verlässliche Investoren sind alle Programme nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Quartiersmanagement für Westerfilde

Der Dortmunder Rat hat die Entwicklung eines Stadterneuerungskonzeptes für Westerfilde und den Einsatz eines Quartiersmanagers beschlossen. Weil das besser als nichts ist, haben wir GRÜNE dem zugestimmt. Wichtig ist aber, dass das öffentlich geförderte Quartiersmanagement keine Aufgaben übernimmt, die eigentlich von den Heuschrecken-Eigentümern übernommen werden müssten. Vielmehr muss es darum gehen, die MieterInnen zu unterstützen und ihnen notfalls auch zu einem Umzug zu raten. Alle Maßnahmen – und dazu können auch der Abriss einzelner Immobilien und der Kauf durch finanziell leistungsfähige und sozial orientierte Eigentümer gehören –

müssen sich letztlich daran messen lassen, ob sie in der Lage sind, die Abwärtsspirale des Standortes zu stoppen.

Wohnen und Leben in der Nordstadt – im richtigen Haus immer ...

Auch die Nordstadt leidet. Viele VermieterInnen vernachlässigen ihre Immobilien bewusst oder sind mit einer standort- und zielgruppenorientierten Vermarktung überfordert. Wenn beide Faktoren zusammenkommen, entstehen problematische Situationen wie in der Schleswiger Straße oder in kleinen Teilen des Viertels um den Flensburger Platz.

Die Situation scheint sich dort mittlerweile zu verbessern. EigentümerInnen vor Ort haben sich mit dem Ausgangspunkt Brunnenviertel zusammengeschlossen und beraten und unterstützen sich gegenseitig erfolgreich. Die verlässlichen Wohnungsunternehmen in Dortmund flankieren diesen Prozess.

Seit einiger Zeit fordern die GRÜNEN eine neue Wohnungsgesellschaft oder auch Stiftung, in der sich engagierte Stadttöchter zusammenschließen und sowohl ökonomisch als auch sozial verantwortlich agieren. Das steht kurz vor der Verwirklichung. So könnten in der Nordstadt zusammen mit dem Studentenwerk Wohnungen für Studierende entstehen – eine Win-win-Situation für Studierende und EigentümerInnen gleichermaßen.

Letztlich gilt: Verlässlich und sozial verantwortlich mit dem Gut „Wohnen“ umzugehen, ist unabdingbar für die Stadtentwicklung in der Nordstadt, in Westerfilde und in jedem anderen Stadtteil Dortmunds. ●

Birgit Pohlmann ist Ratsmitglied und wohnungspolitische Sprecherin.

„HACHENEY IST ÜBERALL“ ODER WER ZUFLUCHT SUCHT, MUSS ZUFLUCHT FINDEN

„Asylaufnahme überfüllt“ – „Wo sollen die Menschen denn hin?“



► Das waren die Schlagzeilen Anfang Oktober. Die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes für Flüchtlinge (EAE) in Hacheney war für mehrere Tage hoffnungslos überfüllt. Dort, wo maximal 350 Menschen Platz finden sollen, drängten sich zeitweise 900 AsylbewerberInnen – Frauen, Männer, Kinder, Junge und Alte.

Was war passiert?

Bundesweit lagen die Zahlen der AsylbewerberInnen bis September kaum höher als in den Vorjahren. Und sie sind erst recht nicht zu vergleichen mit den Zahlen früherer Jahre. Alleine 1992 kamen 438.000 Flüchtlinge nach Deutschland. Von Januar bis September 2012 haben stattdessen insgesamt gerade mal 40.201 Personen Asyl beantragt.

Ab September stiegen die Zahlen der AsylbewerberInnen aus Serbien und Mazedonien deutlich an. Seit Jahresbeginn haben inzwischen etwa 7000 Menschen aus diesen Ländern Asyl beantragt. Bei den Flüchtlingen handelt es sich überwiegend um Roma, die Armut, Ausgrenzung und oft auch Gewalt in ihren Heimatländern entrichten wollen. Gerade für den Schutz von Roma und Sinti hat Deutschland

aus seiner Geschichte heraus eine besondere Verantwortung. Weder die EAE in Hacheney noch das Land waren allerdings auf diese gestiegenen, aber nicht dramatischen Zahlen vorbereitet. Schlicht gesagt fehlte es landesweit an Unterbringungsplätzen, die im Laufe der letzten Jahre vor dem Hintergrund der drastisch gesunkenen Zahlen abgebaut worden sind. Das rächt sich jetzt.

Wer als Flüchtling nach NRW kommt, landet zunächst in der EAE, die sich seit dem letzten Jahr in der ehemaligen Gehörlosenschule in Hacheney befindet. Dort wird der Asylantrag aufgenommen, werden die ersten Anhörungen durchgeführt und eine gesundheitliche Untersuchung vorgenommen. In der Regel bleiben die Flüchtlinge nur 3 bis 5 Tage in Hacheney, bevor sie dann in die Zentralen Unterbringungseinrichtungen in Hemer und Schöppingen kommen. Dort warten sie auf das Ergebnis ihres Asylantrags und werden anschließend auf die Kommunen in NRW verteilt.

Die Ende September gestiegenen Zahlen der Flüchtlinge führten nicht nur zu einer dramatischen Überbelegung in Hacheney, sondern auch in den nachgeordneten Einrichtungen in Hemer und Schöppingen. Auch die Asylanträge konnten vom Bundesamt

für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht mehr schnell genug aufgenommen werden. In Hacheney drohte die Situation für Flüchtlinge, MitarbeiterInnen und AnwohnerInnen zu eskalieren. Kurzfristig konnten weder das Land noch andere Kommunen Hilfe organisieren. So brachte die Verwaltung der Stadt Dortmund in einem organisatorischen Kraftakt die Flüchtlinge kurzerhand in der leerstehenden Hauptschule in Derne und in der Turnhalle des Brüggmannblocks unter.

In dieser zugespitzten Situation war unsere GRÜNE Position klar: Bis zu einer Unterbringung in anderen Städten müssen wir (die Stadt Dortmund) die nach Dortmund kommenden Flüchtlinge menschenwürdig versorgen – und gleichzeitig die Situation für die AnwohnerInnen vor Ort in Hacheney deutlich entspannen. Dabei kann und konnte die Unterbringung in Turnhallen keine Lösung sein, sondern nur eine konkrete Hilfsmaßnahme für einige Tage.

Inzwischen hat sich die Situation deutlich entspannt. In Neuss, Unna-Massen und anderen Städten sind befristet zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen worden. Darüber hinaus soll eine dritte Zentrale Unterbringungseinrichtung in Wickede (Ruhr) Anfang



des Jahres den Betrieb aufnehmen. In Hacheneby ist man inzwischen wieder bei den normalen Belegungszahlen angekommen. Allerdings wird noch immer die Hauptschule in Derne zusätzlich bis zum Jahresende genutzt.

Aus Sicht der Ratsfraktion sind Land, Bund und EU aufgefordert, für die zunehmenden Flüchtlingsbewegungen Lösungen zu finden. Kommunal ist die Situation nicht zu lösen. Auf GRÜNEN Antrag hat der Rat das Land aufgefordert, zusätzliche dauerhafte Unterbringungseinrichtungen in anderen Kommunen zu schaffen.

Um die Situation in Hacheneby weiter zu entlasten, wollen wir erreichen, dass die notwendigen medizinischen Untersuchungen der Flüchtlinge sowie

die Anhörungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) so weit wie möglich auf dem Gelände der Einrichtung durchgeführt werden. Damit könnte eine hohe Anzahl der bisher notwendigen Fahrten entfallen. Das entlastet sowohl die Flüchtlinge als auch die AnwohnerInnen der Einrichtung. Zusätzlich würden die Fahrtkosten entfallen.

Vorschläge von SPD und CDU, die Asylverfahren pauschal zu beschleunigen oder die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungs-

gesetz wieder zu kürzen, sind nicht nur rechtlich fraglich und keine Lösung, sondern Populismus auf dem Rücken der Flüchtlinge. ●

Wolfram Frebel ist Ratsmitglied und Vorsitzender des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Anregungen und Beschwerden.



LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER,

bei der nächsten Bundestagswahl kandidiere ich im Wahlkreis 143 Dortmund I für ein Direktmandat der GRÜNEN.

Warum?

In meiner Familie spielte Politik immer eine große Rolle. Meine Mutter war SPD-Ratsfrau in Menden und um mich herum wurde lebhaft debattiert und diskutiert. Als Kind verfolgte ich die Debatten und Diskussionen – teils amüsiert, teils ratlos – mit Interesse und Faszination. Ich war begeistert von den vielen Demonstrationen, zu denen mich meine Eltern in den 70er und 80er Jahren mitgenommen haben. Abrüstung, Antiatomkraft, Paragraf 218, Ostermärsche u.s.w.

Fazit: Der frühe Vogel...

Mit 16 trat ich in die SPD ein. Es blieb allerdings bei einer passiven Mitgliedschaft – denn meine Schwerpunktthemen (Umweltschutz, Menschenrechte und Arbeit gegen Rechtsextremismus) fanden dort keine Beachtung.

Mehr Anregung gab es bei den Falken. Ihr Kampf für Kinderrechte, gegen Kinderarmut, für Demokratie, gegen Faschismus, für Bildungschancen und gegen soziale Ungerechtigkeit prägte mich seit meiner Kindheit und beeindruckt mich noch heute.

Fazit: Was Hänschen lernt...

Nachdem es Anfang der 90er Jahre zu Übergriffen auf Asylbewerberunterkünfte kam, bin ich im Arbeitskreis Asyl in Menden tätig geworden. Wir betreuten AsylbewerberInnen und begleiteten sie bei ihren Gängen zu Ämtern, zu ÄrztInnen und zu AnwältInnen. Wir sorgten dafür, dass sie ihre Kinder in Kindergärten und Schulen schicken konnten und halfen bei den Hausaufgaben. Neben diesen alltäglichen konkreten Hilfestellungen ging es uns vor allem darum, auf politischer Ebene gegen die unmenschliche Lebenssituation der zum Teil traumatisierten Asylbewerber anzugehen: Mangelnde Bewegungsfreiheit aufgrund der Residenzpflicht, überfüllte Sammelunterkünfte, Lebensmittelgutscheine statt Bargeld, Arbeitsverbot, Diskriminierung in der Gesellschaft, permanente Angst vor Abschiebung. Als die SPD dem sogenannten Asylkompromiss zustimmte, traten meine Mutter und ich gemeinsam aus der Partei aus.

Fazit: SPD adé

Als ich studierte, zog ich in die Nordstadt. Von Anfang an faszinierte mich dieses Kontrastprogramm zum Vorort im Sauer-

land, zu den Einfamilienhäusern mit Vorgärten und Garagen. Die Kneipen- und Kulturszene, die großen preiswerten Altbauwohnungen und die Bevölkerung aus aller Welt, das alles war für uns StudentInnen ungeheuer spannend. Auch nach 18 Jahren bin ich immer noch Nordstadt-Fan und wohne gerne dort. Ich bin über-

den, um ungünstige Ausgangsbedingungen von Kindern ausgleichen zu können. Ich unterstütze die Abschaffung des Kooperationsverbotes, um die Bildungspolitik gerechter und effizienter zu gestalten und die strukturelle Unterfinanzierung der Bildung zu korrigieren. Bildung ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates und ihre



zeugt: Es lohnt sich, für diesen Stadtteil und seine BewohnerInnen zu kämpfen. Deshalb stehe ich gemeinsam mit den Nordstadt-GRÜNEN für einen menschenwürdigen Umgang mit Randgruppen und für den Ausbau der Hilfseinrichtungen in der Nordstadt. Nachbarschaften fördern, Bildungschancen und Freizeitmöglichkeiten für Kinder verbessern, die kulturelle Infrastruktur ausbauen, das sind unsere wichtigsten Ziele. Ich ermutige die BürgerInnen der Nordstadt, sich zu engagieren und die Nordstadt aktiv mitzugestalten.

Fazit: Fit for fun – Nordic working

Als Diplom-Pädagogin, Sprachtherapeutin und Legasthenietherapeutin arbeite ich im Bildungs- und Gesundheitswesen. Bildungsgerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, Integration und frühkindliche Bildung: Diese Probleme erlebe ich in meinem Beruf hautnah und kann täglich bestätigen, was die aktuellen Studien zeigen: Der Bildungserfolg eines Kindes in Deutschland hängt immer noch und viel zu stark von seiner sozialen Herkunft ab.

Um eine Chancengleichheit in der Bildung zu erreichen, muss mehr Geld in Bildung investiert werden. Statt des Betreuungsgeldes muss Geld in den Ausbau der Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur fließen. Dies gilt besonders für Schulen und Kitas in Problembezirken. Aber selbstverständlich müssen nicht nur dort qualitativ hochwertige Kitas und Schulen zur Verfügung gestellt werden und flächendeckend Ganztagschulen aufgebaut wer-

Kosten müssen von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam getragen werden.

Fazit: Früh trübt sich ...

Am 3. September 2011 waren wir GRÜNEN gemeinsam mit dem Bündnis Dortmund Nazifrei, den Falken, der Alevitischen Jugend und Dortmunder Bürgern Teil einer friedlichen Sitzblockade auf der Schützenstraße und konnten erreichen, dass die Demonstration der Neonazis umgeleitet werden musste. Das war nicht nur ein symbolischer – sondern auch ein großer politischer Erfolg! Ich möchte weiterhin gemeinsam mit den GRÜNEN alles dafür tun, die Zivilgesellschaft zu stärken und Aktivitäten im Kampf gegen Rechts zu unterstützen.

Außerdem ist es trotz der schwierigen Haushaltssituation des Bundes wichtig, den Bereich der Prävention noch stärker in den Fokus zu nehmen: Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sind hier ein wesentlicher Baustein, denn dort kann dem Entstehen rechter Weltanschauungen bei Jugendlichen frühzeitig effektiv vorgebeugt werden. Einsparungen in der Jugendarbeit können wir uns nicht leisten!

Fazit: Dumm gelaufen!

Anlässe GRÜN zu werden gab es in meinem Leben schon mehrfach. Der endgültige Ausschlag war die Frage, wie ich Dinge strukturell verändern kann. Konkret ging es 2009 um die Nordstadt. Was müsste sich verändern, damit die verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht mehr weiter auseinanderdriften, sondern sich gemeinsam für

ihren Stadtteil stark machen und sich gegenseitig unterstützen? Die Entscheidung war genau richtig. Ich machte mich politisch auf den Weg, um diese Probleme zu lösen. Ich empfinde es als große Bereicherung, mich in immer neue Themen einzuarbeiten, mich mit anderen engagierten Menschen auszutauschen, konstruktive Auseinandersetzungen zu führen und Themen neu zu entdecken.

Ich möchte 2013 als Direktkandidatin einen starken Bundestagswahlkampf machen und ein ausgezeichnetes

Zweitstimmenergebnis für GRÜN erreichen. Kandidieren heißt für mich, Menschen von der Politik zu überzeugen, für die ich als Kandidatin stehe: Kandidieren heißt, mich mit dem auseinanderzusetzen, was Menschen daran hindert, GRÜN zu wählen. Ich will auch uns GRÜNE motivieren, engagierten und spannenden Wahlkampf zu führen und werde versuchen, frische Ideen und neue Methoden einzubringen.

Fazit: Darum!

Eure

Katja Bender

Katja Bender: 40 Jahre | Dipl.-Päd., Sprachtherapeutin, Legasthenietherapeutin | Beisitzerin im KV-Vorstand | Sprecherin im OV-Innenstadt-Nord | Anstifterin/Ansprechpartnerin für (Neu)-Mitglieder | BDK-Delegierte | Direktkandidatin für die Bundestagswahl 2013

ZUSAMMEN HÄLT BESSER

Zusammen hält besser – 34. BDK in Hannover

► Nach der Urwahl der BundestagsspitzenkandidatInnen der GRÜNEN mutmaßten die Redaktionen dieses Landes über Claudia Roths Abschied von der Parteispitze und unterstellten eine neue schwarz-GRÜNE Bürgerlichkeit. Bei der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Hannover vom 16. bis 18. November haben wir das widerlegt. Mit 88,5 Prozent bestätigten wir Claudia Roth als Bundesvorsitzende. Mit unseren Beschlüssen zur Sozial-, Europa- und Antiatompolitik stellen wir uns zudem als linke Reform-Alternative zur schwarz-gelben Regierung auf.

Gleich zu Beginn am Freitag diskutierten wir in Workshops zwei Stunden lang die Europapolitik aus verschiedenen Perspektiven. So berichtete der einzige GRÜNE Grieche im Europäischen Parlament, Nikos Chrysogelos, über die Möglichkeit eines Green New Deals für Südeuropa, um die Schulden- und Staatskrise in seinem Heimatland zu überwinden.

Die anschließenden Beschlüsse der BDK zur Sozialpolitik skizzieren eine gerechte und solidarische Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird: Mindestlohn und Armutsbekämpfung von Kindern, Frauen und alten Menschen sind Eckpfeiler GRÜNER Politik. In Gastbeiträgen verdeutlichte DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach und Jutta Allmendinger, Präsidentin des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung, dass Teilhabe, starke Institutionen und gerechte Verteilung eine breite gesellschaftliche Mehrheit in Deutschland haben.

In dem Beschluss zur Sozialpolitik fordern wir auch die Einsetzung einer Enquetekommission im Deutschen Bundestag. Diese soll die Idee und verschiedene Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens untersuchen sowie grundlegende Reformperspektiven für den Sozialstaat und die sozialen Sicherungssysteme prüfen.

Am Samstagnachmittag folgten die Wahlen von Bundesvorstand und Parteirat. Claudia Roth wurde ebenso mit gutem Ergebnis bestätigt wie NRW-Vorstandsmitglied Malte Spitz und der Rest des Bundesvorstands. In den Parteirat wurde Bärbel Höhn wiedergewählt, neu im Gremium ist NRW-Verbraucherschutzminister Johannes Rimmel. Der bisherige Vertreter aus NRW, Max Löffler, kandidierte nicht mehr.



Von links nach rechts: Svenja Noltemeyer, Katja Bender, Christian Nähle, Markus Kurth und Mathias Wittmann.

Gegenseitiger Respekt prägte die Debatte zur medizinisch nicht notwendigen Beschneidung von Jungen – trotz der teils gravierenden Abweichungen in Fragen von Kinderschutzrechten und Religionsfreiheitsrechten. Die AntragsstellerInnen einigten sich darauf, die Anträge an eine Kommission beim Bundesvorstand zu verweisen, die einen innerparteilichen Meinungsbildungsprozess vorbereiten und begleiten wird.

Am Sonntag war Europa das Schwerpunktthema: ein Bekenntnis zu Europa verbunden mit dem Hinweis auf Reformbedarf. Europa soll seine Sicherheitsarchitektur überarbeiten und Menschenrechte hierbei in den Mittelpunkt stellen. Ebenso sollen die Rechte des Europäischen Parlaments gestärkt werden. Ein Eurozonenparlament als zweite Kammer wurde abgelehnt.

Mit dieser Bundesdelegiertenkonferenz haben wir GRÜNE uns inhaltlich und personell gut für die kommende Bundestagswahl aufgestellt. Nach der Wahl der Landesliste im Dezember 2012 heißt es durchatmen und die Feiertage zur Erholung zu nutzen. Ab Januar 2013 streiten wir dann an allen Stellen für den nötigen Regierungswechsel in Berlin! ●

Katja Bender, Christian Nähle, Svenja Noltemeyer, Mathias Wittmann waren Dortmunder Delegierte bei der Bundesdelegiertenkonferenz.



► Seit einigen Jahren findet eine breite Diskussion über die Ursachen von Armut, über Wege aus materieller Abhängigkeit und über sozialen Aufstieg statt. Auch in der GRÜNEN Partei wendet man sich zwar nicht von Verteilungsfragen ab, thematisiert aber in Bezug auf Armutsvermeidung gerne und vorwiegend die Bedeutung der Bildung als Mittel zur Armutsprävention. Die positive Rolle, die inklusive und gut ausgestattete Bildungsinfrastruktur spielen kann und muss, um soziale Mobilität zu ermöglichen, soll hier nicht geschmäler werden. Fatal wäre es aber, wenn darüber der Blick auf die strukturellen Verteilungsverhältnisse verloren ginge, die mittelbar auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes beeinflussen. Die SozialwissenschaftlerInnen Kate Pickett und Richard Wilkinson wiesen im Jahre 2009 in einer beeindruckenden Studie nach, dass die Einkommensverteilung ein zentraler Faktor für eine wirtschaftlich und sozial funktionsfähige Gesellschaft ist. So seien Faktoren wie die Lebenserwartung, psychische Erkrankungen, Gewalt und Analphabetismus in engem Zusammenhang mit der Einkommensdifferenz zwischen den oberen 20 Prozent und den unteren 20 Prozent einer Gesellschaft zu sehen. Je größer die Schere zwischen arm und reich, desto größer seien die sozialen Folgekosten. Folgt man dieser Argumentation, ruft ein Blick auf die Verteilungssituation in Deutschland beunruhigende Sorge hervor.

Trotz Wirtschaftsaufschwung und verbesserter Arbeitsmarktlage hat sich die soziale Polarisierung in Deutschland strukturell verschärft und verfestigt. Die Zahlen des 4. Armuts- und Reichtumsberichts müssen insbesondere mit Blick auf die Vermögensverteilung alarmieren:

- So hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte in den vergangenen zwanzig Jahren auf 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt. Davon entfielen allein 1,4 Billionen Euro auf die Jahre 2007 bis 2012. Die reichsten zehn Prozent verfügen dabei über mehr als zwei Drittel des Gesamtvermögens.
- Der unteren Hälfte der Haushalte verbleibt nur ein Prozent des Gesamtvermögens. Das heißt: Noch nie in der Geschichte der Berichterstattung klaffte ein solch tiefer Graben zwischen arm und reich wie heute.
- Die Kluft bei der Einkommensverteilung wuchs ebenfalls. Zwar konnten infolge der jüngsten Lohnabschlüsse und aufgrund der guten Konjunktur die unteren Einkommen etwas zulegen, nachdem sie jahrelang stagnierten oder sogar real sanken.
- Dies ändert jedoch nichts daran, dass die Gering- und DurchschnittsverdienerInnen immer weiter hinter die Gruppe der SpitzenverdienerInnen zurückfallen. Nur fünf Staaten der OECD haben seit Mitte der 90er Jahre einen höheren Anstieg der Einkommensungleichheit zu verzeichnen als Deutschland.
- Heute verdienen die Mitglieder der obersten 10 Prozent der deutschen Gesellschaft etwa achtmal so viel wie die untersten 10 Prozent, in den 90er Jahren lag das Verhältnis bei sechs zu eins.
- Das Medianeinkommen, also das Einkommen desjenigen Menschen,

der bei einer Aufreihung aller Bürgerinnen und Bürger nach ihrem Einkommen genau in der Mitte steht, ging in Deutschland im Zeitraum von 1991 bis 2009 real von 19.094 Euro auf 18.510 Euro jährlich zurück – bei einem realen Wirtschaftswachstum von rund 35 Prozent in diesem Zeitraum!

- Die Markteinkommen der unteren 60 Prozent der Bevölkerung sanken insgesamt in diesem Zeitraum von 28,2 auf 25,5 Prozent. Das heißt nichts anderes, als dass die breite Mehrheit unserer Gesellschaft vom Wirtschaftswachstum nicht mehr profitiert.
- Die Einkommen der Reichen sind dagegen gestiegen: Die am besten verdienenden 10 Prozent der Bevölkerung beziehen heute etwa ein Viertel des gesamten Nettoeinkommens – drei Prozentpunkte mehr als noch 1999.
- In Bezug auf die Markteinkommen (d.h. ohne Renten, Sozialtransfers etc.) beziehen nur die oberen 20 Prozent der Bevölkerung fast die Hälfte; ihr Anteil ist seit 1999 um 3,5 Prozentpunkte gestiegen. Daher zahlen die oberen 10 Prozent der Bevölkerung auch den Löwenanteil der Einkommensteuer – nämlich einfach deshalb, weil sie schon bei der Primärverteilung fast alle anderen Schichten völlig abgehängt haben.

Selbst die sonst zurückhaltende OECD sieht in dieser zunehmenden Ungleichheit in Deutschland die deutliche Gefahr

für eine Schwächung der Wirtschaftskraft. Funktional betrachtet ist die Frage der Umverteilung in dieser Situation weniger eine Frage der Gerechtigkeit als eine der ökonomischen Vernunft. Schon die Bankenkrise und die gegenwärtige Finanzkrise sind nicht erklärbar, wenn man die enorme Vermögenskonzentration außer acht lässt. Riesige Kapitalmengen, die auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten längst keine realwirtschaftlichen Investitionsmöglichkeiten mehr finden können, erzeugen zwangsläufig früher oder später spekulative Blasen. Eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation wird es ohne einen wesentlichen Beitrag der großen Vermögen und hohen Einkommen nicht geben. Die klassische Verteilungspolitik – beschränkt auf Steuern und Transfers – ist dabei notwendig, aber nicht mehr ausreichend. Denn gegen immer weiter verbreitetes Lohndumping, gegen preisbestimmende Oligopole oder gegen ein Finanzsystem mit Erpressungspotential ist auch das beste Transfersystem machtlos. Gerade wirtschaftspolitische Faktoren tragen heute zu einer Verschärfung der Verteilungssituation bei: Soziale Leistungen sind seit Mitte der 90er Jahre in Deutschland nicht in dem Maße gekürzt worden, als dass dies den Zuwachs der Ungleichheit seit dieser Zeit erklä-



ren könnte. Wenn die Ungleichheit in Deutschland stärker zugenommen hat als in den meisten anderen OECD-Staaten, können auch nicht allein Globalisierung und Europäisierung ursächlich sein. Zu einer neuen Verteilungspolitik zählt daher auch eine Gewichtsverschiebung an den Arbeits-, den Finanz- und den Gütermärkten, damit das Ausnutzen von Marktmacht nicht länger zu einem Auseinanderdriften unserer Gesellschaft führt.

Einen neuen finanziellen Lastenausgleich halte ich für alternativlos. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kraftressourcen, zu denen das System

der sozialen Sicherung ebenso gehört wie ein gutes Bildungswesen oder eine hochwertige Gesundheitsversorgung, lassen sich im gegenwärtigen Verteilungsmodus nicht dauerhaft erhalten. Und letztendlich käme eine dringend notwendige Phase der Abschöpfung höchster Vermögen und Einkommen über die Sicherung ökonomischer und gesellschaftlicher Stabilität sogar auch den Reichen selbst zugute. Die Schlawen unter ihnen haben es bereits gemerkt. Mehrere Initiativen von Vermögenden fordern: „Besteuert uns!“ Man sollte diesem Wunsch schnellstmöglich nachkommen. ●



MARKUS KURTH: Geboren 1966 in Bonn | Seit 15 Jahren Dortmunder | Verheiratet und Vater eines Sohns | Diplom-Politologe | Seit 2002 Mitglied des Bundestages sowie sozial- und behindertenpolitischer Sprecher der GRÜNEN Fraktion | Mehrjährige Berufserfahrung als Sozialwissenschaftler an der Uni Düsseldorf und als Bildungsmanager bei der Böll Stiftung NRW | Seit 15 Jahren aktiv für GRÜN, u. a. als Bundes- und Landesdelegierter sowie 2000 bis 2003 als Vorsitzender des Kreisverbands Dortmund | Mitgliedschaften u. a.: Beirat der Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen, Hauptausschuss des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Heinrich Böll Stiftung NRW, Bündnis für ein Sanktionsmoratorium

LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER,

GRÜNE Sozialpolitik hat zum Ziel, allen Menschen die freie, gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Und zwar unabhängig von Alter, sozialer Herkunft, Behinderung, Religion, Geschlecht oder anderen Zuschreibungen. Mit der Idee der Inklusion entwickeln GRÜNE die Vision einer Gesellschaft, die allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu notwendigen Ressourcen ebenso wie die Übernahme von (Selbst-) Verantwortung ermöglichen soll. Um dieses Ziel zu erreichen, reicht es nicht, die Verteilung des Reichtums zu verändern, Barrieren abzubauen und Diskriminierung zu ächten. Wir benötigen auch eine Politik, die an den Fähigkeiten, Möglichkeiten und Wünschen der Einzelnen ansetzt, anstatt durch eine Einteilung der Menschen nach Defiziten die „Arbeitsmarktfernen“, „Schulversager“ oder „Behinderten“ aus dem System heraus zu produzieren. Dann kann der Sozialstaat als gesellschaftliche Stütze wirken. Als sozial- und behindertenpolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion habe ich in den letzten Jahren die umfangreiche programmatische Arbeit mitgestaltet. Von der kritischen Revision

der „Hartz-Gesetze“ bis hin zur Entwicklung des Leitbilds der Inklusion ist es mir gelungen, zur inhaltlichen Erneuerung der GRÜNEN beizutragen. Dieser Prozess wurde natürlich auch breit von den Mitgliedern getragen: Keine andere Partei hat in den letzten sieben Jahren so umfassend Konzepte zur Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme erarbeitet wie wir. Nach acht Jahren in der Opposition muss es nun unser Ziel sein, unsere Vorstellungen eines emanzipatorischen Sozialstaats auch umzusetzen. Meiner Meinung nach sind wir den Bürgerinnen und Bürgern noch etwas schuldig geblieben, seit wir 2005 – nicht zuletzt wegen der Agenda 2010 – in die Opposition geschickt wurden. Dafür bitte ich um beide Stimmen für GRÜN!

Mit GRÜNEN Grüßen

Markus Kurth

DIE WARE „WOHNUNG“ MUSS BEZAHLBAR SEIN

► Wohnungsnot wird wieder zum Thema in Deutschland. Auch in NRW wächst der Druck. Insbesondere in den Unistädten am Rhein, aber auch in Münster steigen Wohnungspreise spürbar. Das gilt jedoch (noch) nicht für Dortmund.

Dortmund ist immer noch ein stagnierender Wohnungsmarkt, was preisdämpfend auf die Mietentwicklung wirkt. Unsere Problemlage verhält sich eher spiegelbildlich zur Entwicklung im Rheinland: In manchen Stadtquartieren wie der Nordstadt drohen Leerstand und Verwahrlosung. Hier müssen Land und Kommune Hand in Hand Konzepte zur Stabilisierung problematischer Quartiere weiterentwickeln.

Trotz der noch relativ entspannten Lage gibt es auch in Dortmund einen Bedarf an gefördertem Wohnungsbau. Denn wir müssen dafür sorgen, dass Wohnungen im Bestand barrierefrei und energetisch saniert werden und brauchen neue Konzepte um große, an private Investoren verkaufte Immobilienbestände vor dem Verfall zu bewahren.

Zu diesem Thema haben wir unterschiedliche Aktivitäten entfaltet, dazu gehört unter anderem die Einsetzung der Enquetekommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel in NRW“. Die beiden neuesten Anträge, um den Wohnungsmarkt in einer sozial verträglichen Balance zu halten, mit einer Bedeutung auch für Dortmund, möchte ich euch hier vorstellen:

Besteller-Prinzip bei den Maklergebühren einführen

Die Idee leuchtet unmittelbar ein: Wer bestellt, der bezahlt auch. Auf dem Wohnungsmarkt erleben MieterInnen aber häufig, dass sie eine Dienstleistung bezahlen müssen, die sie eben nicht bestellt haben, nämlich die Makler-Gebühren. Nicht selten werden sogar reguläre Vermieteraufgaben an die Makler abgegeben und deren Kosten auf die Mieter abgewälzt. Die Kombination aus Miete und Provision können Normalverdiener oft kaum noch stemmen.

Maklercourtage in Deutschland sind im internationalen Vergleich sehr hoch, in NRW sind es zwei Monatsnettokaltmieten plus Umsatzsteuer. Gerade in den Mietwohnungsmärkten großer Städte ist die Vermittlung von Mietwohnungen über Wohnungsmakler üblich. Die freie Mietpreisfindung bei Neu- beziehungsweise Wiedervermietung führt in der Regel zu einem Anstieg der Maklerprovisionen, ohne dass dem ein entsprechender Mehraufwand oder ein verbesserter Service durch den Makler gegenübersteht.

Viele Menschen werden durch steigende Mietpreise, entsprechend steigende Maklercourtage und sonstige Umzugskosten davon abgehalten, in eine für ihre Bedürfnisse passende Wohnung umzuziehen. Das betrifft insbesondere Familien, die sich vergrößern wollen, aber auch sozial schwächere Menschen, die kleinere und günstigere Wohnungen suchen.

Die Landesregierung hat sich daher vorgenommen, über den Bundesrat eine Änderung des Wohnungsvermittlungsgesetzes zu erreichen. Das Bestellerprinzip soll in das Gesetz zur Regelung der Wohnungsvermittlung integriert werden, so dass eine vertragliche Abwälzung auf die Wohnungssuchenden unwirksam ist, es sei denn, sie hätten selbst einen Makler/eine Maklerin beauftragt. Außerdem soll die Ausbildung zum/zur Immobilienkaufmann/-kauffrau oder eine vergleichbare kaufmännische Ausbildung mit klaren Qualitätsstandards zur Voraussetzung für die Ausübung des Berufs des Immobilienmaklers werden.

In der Welt am Sonntag vom 28. Oktober findet ihr dazu einen größeren Artikel: www.welt.de/print/wams/nrw/article110319415/Wer-Makler-bestellt-soll-sie-bezahlen.html



Förderung von studentischem Wohnraum

Die doppelten Abiturjahrgänge kommen, und im nächsten Jahr rechnen wir auch in Dortmund mit 10 Prozent mehr StudienanfängerInnen als zum diesjährigen Wintersemesterbeginn. Damit einher geht eine absehbare Wohnraumverknappung, die den Studierenden weitere Belastungen zumutet.

Das Land hat die Studentenwerke mit Mitteln des Konjunkturpakets II bei der Sanierung und Modernisierung der bestehenden Wohnanlagen von 2009 bis 2011 mit insgesamt 120 Millionen Euro unterstützt. Außerdem wurde ab 2011 der allgemeine Zuschuss an die Studentenwerke um 3,5 Millionen Euro erhöht. Der Entwurf des Haushaltes 2012 sieht eine weitere Erhöhung des allgemeinen Zuschusses um rund 1,4 Millionen Euro auf insgesamt 39,5 Millionen Euro vor.

Künftig wird die Wohnplatzförderung für Studierende bei der sozialen Wohnraumförderung des Landes zusammengefasst. Jährlich stehen dann dort 50 Millionen Euro zur Verfügung. Damit können jedes Jahr etwa 750 Wohnplätze im Rahmen der Wohnraumförderung entstehen. Die Versorgung der Studierenden mit

Wohnraum muss jedoch nachhaltig sein. Es ist heute schon das Ende der hohen studentischen Nachfrage nach Wohnraum absehbar. Dies heißt nicht nur, dass die hohen Baustandards der sozialen Wohnraumförderung des Landes eingehalten werden, sondern dass die Gebäude auch fit für die kommende große Nachfragegruppe – die Alten – sein muss.

Nachhaltigkeit bedeutet auch, dass in stagnierenden Wohnraumregionen die erhöhte Wohnraumnachfrage von Studierenden genutzt wird, um Impulse für brachliegende Stadtquartiere auszulösen, indem vorhandener Wohnraum saniert und aufgewertet wird. Hier liegen insbesondere für die Dortmunder Nordstadt große Entwicklungspotentiale.

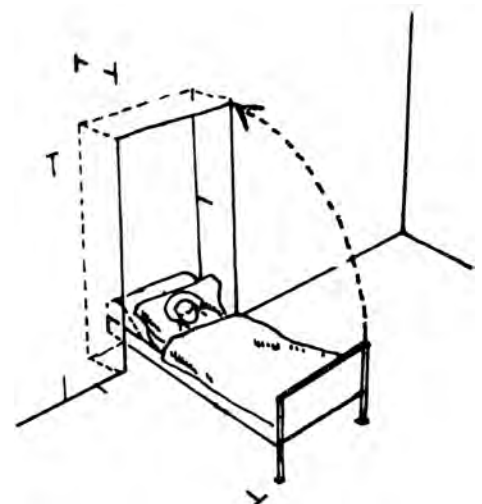
Auch für die nachhaltige Förderung von studentischem Wohnraum liegt die Zukunft im Quartier. Dies ist schon heute Förderpraxis des Wohnungsministeriums. In Essen beispielsweise hat das Studentenwerk ein zehn Jahre leer stehendes Gebäude erworben und saniert und vermietet nun den Wohnraum an Studierende.

Mit unserem Antrag wollten wir noch einmal betonen, wie wichtig studentischer

Wohnraum für die Wissenschaftslandschaft Nordrhein-Westfalens ist. Wir wollen den bestehenden dringenden Handlungsbedarf als Chance verstanden wissen, die Anknüpfungspunkte zwischen sozialer Wohnraumförderung und Quartiersentwicklung bestmöglich zu nutzen.

Mehr dazu u. a. in der Rheinischen Post vom 1. November: www.rp-online.de/politik/nrw/nrw-plant-3000-wohnungen-fuer-studenten-1.3053203 ●

Daniela Schneckenburger
ist Mitglied des Landtages.





NACH DÜSSELDORF UND DANN DURCHS LAND

MARIO KRÜGER ÜBER SEINEN START ALS GRÜNER LANDTAGSABGEORDNETER

30. Mai 2012, 18:00 Uhr

Die erste WDR-Prognose zum Ausgang der Landtagswahl läuft über die Leinwand im Dortmunder Rathaus. Gewinne für die SPD; voraussichtlich gleichbleibende Stimmanteile für die GRÜNEN, lautet die Nachricht. Rot-GRÜN geht gestärkt aus der Landtagswahl heraus. Verluste für CDU und FDP. Die Linkspartei fliegt raus und die Piraten ziehen als Newcomer in den Landtag ein.

Und dann wird die voraussichtliche Sitzverteilung verkündet. Die GRÜNEN erhalten 28 Sitze, 5 Mandate mehr als bisher. Damit zieht bei allen Prognose-Unsicherheiten voraussichtlich mein Listenplatz. Von jetzt auf gleich verfliegt die Anspannung, und mit jeder neuen Hochrechnung bestätigt sich: Neben Daniela [Schneckenburger] werde ich als zweiter Dortmunder GRÜNER in den Landtag einziehen. 29 GRÜNE werden es insgesamt. Zweieinhalb Stunden später war ich mit meiner Frau, Mathias Wittmann und einer Flasche Weißwein im Gepäck auf dem Weg zur Düsseldorfer Wahlparty der GRÜNEN.

12. Juni 2012, 12:00 Uhr

Gerade ist in der Fraktionsitzung von der Düsseldorfer Nachtsitzung der Rot-GRÜNEN Verhandlungsführer berichtet worden. Zu meiner Überraschung haben sich meine Befürchtungen hinsichtlich weitreichender Zugeständnisse an die

SPD beispielsweise in Sachen Flughafen- oder Straßenbaupolitik nicht bestätigt. Als bitteres Zugeständnis müssen wir jedoch auf Horst Becker als Staatssekretär im Verkehrsministerium verzichten. Damit geht uns eine wichtige personelle Schaltstelle verloren.

Die letzten Wochen waren anstrengend und von ad-hoc Besprechungen gekennzeichnet. Zudem muss ich ohne eigenes Büro, ohne Mitarbeiter, ohne PC- und EDV-Ausstattung mehr improvisieren als ich dachte. In einer rund 100-köpfigen Fraktionsgemeinschaft muss ich immer wieder nachfragen: Wer macht eigentlich was in der GRÜNEN Landtagsfraktion. Auch ist überhaupt noch nicht geklärt, in welchen Ausschüssen – und damit in welchen Politikfeldern – ich künftig federführend arbeiten soll. Das übliche Los eines Neulings.

12. November 2012, 22:30 Uhr

Bin gerade von einer Rundreise aus Bielefeld, Warendorf und Münster zurückgekehrt.

In den letzten Monaten ist einiges passiert. Mit Gerrit Pfau und Mathias Wittmann habe ich zwei erfahrene Mitarbeiter gewinnen können. Die PC- und EDV-Ausstattung steht. Ein Büro habe ich im Bauteil E im Erdgeschoss des Landtages erhalten, wo auch Arndt Klocke, Rolf Beu, Mehrdad Mostofzadeh, Birgit Beisheim und Daniela an-

gekommen sind. Die Fraktion hat mich als Obmann bzw. Sprecher in den Ausschüssen für Kommunalpolitik, Haushaltskontrolle und im Unterausschuss „Beteiligungen des Landes“ sowie neben Mehrdad (Sprecher) und Verana Schäffer als ordentliches Mitglied im Ausschuss Haushalt und Finanzen bestellt. Darüber hinaus bin ich in den Verwaltungsrat des Bau- und Ligenschaftsbetriebs NRW (BLB) entsandt worden.

Und was mich besonders gefreut hat: Meine verkehrspolitischen Freunde im Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR), mit denen ich seit vielen Jahren in den Gremien des VRR zusammengearbeitet habe, wollen auf meine Mitwirkung nicht verzichten. Daher verbleibe ich im VRR-Verwaltungsrat.

Zurück zu meiner Rundreise:

Schon für mein Engagement in der Dortmunder Kommunalpolitik war es wichtig, auf ein Netzwerk von Informationen aufbauen zu können. Erst recht gilt dies für meine neue Funktion als Obmann im Ausschuss für Kommunalpolitik. Viele Landesregelungen haben unmittelbare Auswirkungen auf die kommunale Ebene, beispielsweise die Gesetzesnovelle zur Inklusion, das Gemeindefinanzierungsgesetz oder selbst so trockene Themen wie die Novellierung zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement.

Viele NRW-Kommunen können seit Jahren keinen Haushaltsausgleich mehr darstellen, müssen daher ihr Eigenkapital



verzehren und einige Städte und Gemeinden sind bereits überschuldet. Während die Politik der früheren schwarz-gelben Landesregierung durch einen Raubzug in den kommunalen Haushalten gekennzeichnet war, versucht die rot-GRÜNE Landesregierung seit 2010 den Kommunen nachhaltige Hilfestellungen zur Konsolidierung der Finanzen zu geben. So wurde die Verteilmasse der Schlüsselzuweisungen um 350 Millionen Euro angehoben, der Verteilschlüssel mit Blick auf die erheblichen sozialen Belastungen der Kommunen im Ruhrgebiet und im Bergischen Land abgeändert und durch einen sogenannten „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ein zehnjähriges Sonderprogramm initiiert. Das gibt insbesondere den Nothaushaltskommunen eine Antwort aus der sich abzeichnenden Vergeblichkeitsfalle. Obwohl rund 9 Milliarden Euro im Landeshaushalt 2013 für die Kommunen ausgewiesen wurden – die bisher höchste Summe an Gemeindezuweisungen – lassen sich die Schiefen der NRW-Kommunen durch den Landeshaushalt allein nicht lösen. Selbstverständlich müssen die eigenen Konsolidierungsbemühungen weiterhin mit Nachdruck verfolgt werden. Eine Übernahme der sozialen Transferleistungen durch den Bund – beispielsweise der immer stärker anwachsenden Eingliederungshilfe – ist ebenso zwingend notwendig. Aber wir erwarten auch, dass die steuerstarken NRW-Kommunen wie Düsseldorf, Neuss und andere im Rahmen einer Solidarge-

meinschaft ihren Teil zur Stabilisierung der Nothaushaltskommunen beitragen. Rund 195 Millionen Euro jährlich sollen durch eine sogenannte „Abundanz-Umlage“ von den steuerstarken Gemeinden abgeschöpft werden, um die zweite Stufe des Stärkungspaktes Stadtfinanzen mit weiteren Geldern ausstatten zu können.

Doch wenn Lasten und Gelder anders verteilt werden, dann gibt es Streit. Und der macht selbst vor GRÜNEN Ratsfraktionen nicht Halt, wie meine Rundreise zeigt:

Bielefeld kann schon seit Jahren keinen ausgeglichenen Haushalt mehr ausweisen. Zwischen Einnahmen und Ausgaben klafft ein 10,7-Prozent-Loch. 104 Millionen Euro fehlen bei Einnahmen von 971 Millionen Euro. Das Eigenkapital wird mit großen Schritten verzehrt. Die GRÜNE Ratsfraktion hofft, solange wie möglich keine Gelder aus dem Stärkungspakt Stadtfinanzen in Anspruch nehmen zu müssen.

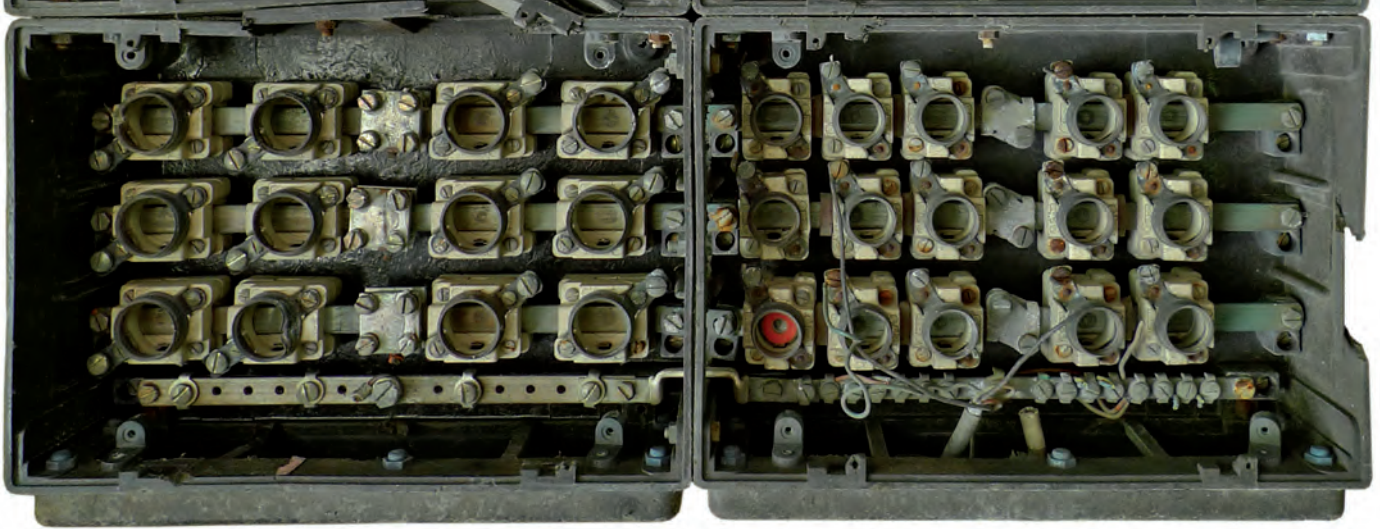
Ganz anders die Situation im beschaulichen Städtchen Warendorf mit 38.000 EinwohnerInnen. Kassenkredite zur Finanzierung der laufenden Aufwendungen braucht man hier nicht. Bielefeld plant für 2013 Kassenkredite über 550 Millionen ein. Der Warendorfer Haushalt 2013 weist einen Fehlbetrag von 2,4 Millionen Euro oder 3,9 Prozent aus bei Einnahmen von 62,6 Millionen Euro. Man klagt über die

„angeblichen“ Ungerechtigkeiten im Gemeindefinanzierungsgesetz zu Lasten des ländlichen Raumes und zu Gunsten der kreisfreien Städte im Ruhrgebiet. Die Ansätze zur Abbildung der Sozillasten und der Zentren-Funktion der kreisfreien Städte seien zu hoch, sagt der GRÜNE Kämmerer aus Warendorf.

Münster erhält im Gegensatz zu Bielefeld (147 Millionen Euro) keine Schlüsselzuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz. Grund ist die erhebliche, über dem Landesdurchschnitt liegende Steuerkraft. Rund 285 Millionen Euro kommen allein über die Gewerbesteuer herein bei einer Einwohnerzahl von 290.000. Bielefeld mit etwa 330.000 Einwohner rechnet demgegenüber mit Gewerbesteuererträgen von 208 Millionen Euro. So sorgen sich die GRÜNEN aus Münster, dass sie möglicherweise auch zur Finanzierung des Stärkungspaktes Stadtfinanzen herangezogen werden.

Mein Resümee: Die Solidarität endet schnell, wenn ein Mangel zu verwalten ist. Doch die wiedergewählte rot-GRÜNE Landesregierung muss den Interessenausgleich herstellen. Daran mitzuwirken ist eine meiner reizvollen Aufgaben. Genau diese Herausforderung habe ich gewollt. ●





STEIGENDE STROMPREISE: DIE BUNDESREGIERUNG ERHÖHT KRÄFTIG MIT

► Wir erleben eine intensive Debatte über die ach so teure Förderung der erneuerbaren Energien. Doch erschreckend einseitig informieren die Medien über die Ursachen der steigenden Strompreise. Anders als öffentlich suggeriert machen die Erneuerbaren nur den kleineren Teil der Strompreiserhöhung aus. Der große Teil entsteht durch Sonderregelungen für Industrie und Netzbetreiber.

Die Bundesregierung ist maßgeblich verantwortlich, dass die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-Umlage) so deutlich steigt, weil so viele Industrieunternehmen von den Kosten für die Energiewende befreit sind. So verbrauchen 600 Firmen rund 18 Prozent des deutschen Stroms, zahlen aber nur 0,3 Prozent der Umlage für den Ausbau der Erneuerbaren. Was sie nicht zahlen, tragen Haushalte, Gewerbe und Handel.

Die Kostenbefreiung war einmal dazu gedacht, Einzelfirmen mit hohem Strombedarf global wettbewerbsfähig zu halten. Mittlerweile profitieren aber auch Hähnchenmastbetriebe, die Allianz AG oder der Deutsche Wetterdienst. Die Zahl der von den Netzentgelten und dem Ausbau der Erneuerbaren befreiten Unternehmen steigt im nächsten Jahr von 600 auf knapp 3000, weitere 2000 Firmen haben dies beantragt. Außerdem senken die Erneuerbaren inzwischen sogar die Preise an

der Strombörse. Paradox: Dadurch steigt die EEG-Umlage weiter. Denn die EEG-Umlage deckt die Differenz zwischen der gesetzlich vorgeschriebenen Vergütung aus dem EEG-System für die Erzeuger und dem Handelswert des erzeugten Stroms. Folglich steigt die Differenz zwischen fester EEG-Vergütung und Strompreis – und damit die EEG-Umlage.

Laut einer Auftragsstudie der GRÜNEN Bundestagsfraktion müsste die Senkung der Strompreise an der Börse im nächsten Jahr zu einer Entlastung der Haushalte um 0,5 Cent je Kilowattstunde führen. Das würde sich bei einem Vier-Personen-Haushalt auf 22 Euro jährlich summieren. Ob die Stromanbieter diese Preissenkung mit den preissteigernden Effekten (siehe folgende Seite) verrechnen?

Richtig ist, dass Menschen mit geringem Einkommen noch höhere Strompreise nicht oder kaum mehr werden zahlen können. Klar ist: Auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien dürfen wir die Kosten nicht aus den Augen verlieren. Eine Verzögerung der Energiewende käme uns jedoch noch deutlich teurer: Denn die erneuerbaren Energien schaffen Arbeitsplätze in Industrie und Handwerk und fördern so die regionale Wertschöpfung. Durch den Ausbau der Erneuerbaren wurde es möglich, 11 Atomkraftwerke abzuschalten und 130 Millionen Tonnen Treibhausgas im letzten Jahr weniger auszustoßen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden nach der Bundestagswahl das EEG reformieren:

- Die Ausnahmeregelungen führen wir wieder auf den Stand von 2009 zurück.
- Die Befreiung von den Netzentgelten werden wir streichen.
- Die Offshore-Haftung für die private Verbraucherin nehmen wir zurück.
- Stromversorgungsunternehmen sollen verpflichtet werden, mindestens einen „Stromspar-Tarif“ anzubieten.
- Das Sperren der Gas- und Stromversorgung soll gesetzlich eingeschränkt werden.
- Kostenlose Energieberatung und Zuschüsse für energiesparendere Geräte für einkommensschwache Haushalte sollen Energiesparen für alle möglich machen.

Schließlich müssen die Menschen sich Energie leisten können. Deshalb müssen die Hartz IV-Regelsätze auf ein Niveau, das eine Grundversorgung an Strom sicherstellt. Und es bedarf dringend eines gesetzlichen Mindestlohns.

Martina Müller ist Geschäftsführerin des Kreisverbands Dortmund.



Was treibt den Strompreis?

Ursachen der Strompreiserhöhungen zum 1. Januar 2013
(bundesweit für alle privaten Haushalte und kleineren Unternehmen):

- 1,7 Cent je kWh steigende EEG Umlage
 - 0,5 Cent je kWh steigende Netzentgelte*
 - 0,2 Cent je kWh steigende §19-Umlage:
Verbraucher zahlen Netzentgelte für viele Unternehmen mit
 - 0,25 Cent je kWh Offshore-Haftungsregel:
weil TenneT als Netzbetreiber viele Windparks auf dem Meer nicht rechtzeitig
angeschlossen hat, sind bis zu 1 Milliarde Euro Entschädigung fällig, die
über mehrere Jahre auf die Stromkunden umgelegt werden sollen
- Insgesamt: 2,65 Cent je kWh ohne 19 Prozent MWSt

* Die steigenden Netzentgelte mit 0,5 Cent je kWh sind ein Durchschnittswert. Rund 300 Netzbetreiber haben im Oktober angegeben, dass sie die Netzentgelte zum Januar 2013 erhöhen werden, manche um bis zu 30 Prozent. Im Durchschnitt steigen die Entgelte um 10 Prozent oder 0,5 Cent je kWh.

BEITRITTSERKLÄRUNG



Hiermit beantrage ich meinen Beitritt zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(bitte deutlich in Druckbuchstaben)

Name _____

Vorname _____

Geschlecht weiblich männlich

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Wohnort _____

Telefon/Fax _____

Handy _____

E-Mail _____

Beruf _____

geboren am _____ in _____

Staatsangehörigkeit _____

Wird vom Vorstand ausgefüllt: Mitgliedsnummer _____

Aufnahmedatum _____

Unterschrift Vorstand _____

Mitgliedsbeitrag:

Der Mitgliedsbeitrag ist ein wichtiges Fundament zur Finanzierung unserer politischen Arbeit. Gemäß der Beitragsordnung zahlen Mitglieder mit steuerpflichtigem Einkommen mindestens 1 % ihres monatlichen Nettoeinkommens. Von diesem Betrag werden 50% von der Steuer zurückerstattet! Mitglieder ohne steuerpflichtiges Einkommen werden gebeten, mindestens 6 € im Monat zu zahlen. Ausnahmen hiervon können beim Vorstand beantragt werden.

Ich zahle laut Beitragsordnung einen festen Mitgliedsbeitrag von monatlich _____ €

Ich zahle: quartalsweise halbjährlich jährlich im Voraus.

Ermächtigung zum Einzug mittels Lastschrift (macht uns das Leben leichter).
Hiermit ermächtige ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widerruflich,
den Mitgliedsbeitrag mittels Lastschrift zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank _____

BLZ _____

KTO-Nr. _____

Unterschrift _____

Daten:

Ich bin damit einverstanden, dass diese Daten im Rahmen von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verarbeitet und gespeichert werden.

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

FRAGEN? ANREGUNGEN? LUST POLITIK IN DORTMUND MITZUGESTALTEN?

Sprecht uns an – wir freuen uns auf euch!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kreisverband Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund · Tel.: 0231/12 11 71 · Fax.: 0231/12 11 64

E-Mail: info@gruene-dortmund.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

Öffnungszeiten: montags von 11.00 bis 15.00 Uhr
donnerstags von 11.00 bis 19.00 Uhr

Kreisgeschäftsführerin: Martina Müller

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund

Friedensplatz 1 · 44122 Dortmund · Tel.: 0231/50 220 78 · Fax.: 0231/50 220 94

E-Mail: fraktion@gruene-do.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

AnsprechpartnerInnen im Büro:

Petra Kesper Fachbereiche Ökologie, Stadtplanung, Wirtschaft und Kultur

Stefan Neuhaus Fachbereiche Sozialpolitik, Schule, Kinder und Jugend

Manuela Meyer Büromanagement

GRÜNE Jugend Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund

E-Mail: info@gjdo.de · Internet: www.gjdo.de

TERMINE

Sonntag, 27. Januar 2013, 11.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle, Königswall 8
NEUJAHRSEMPFANG

Samstag, 23. Februar
WORKSHOP: „DIE KOMMUNE WIRD VIELFÄLTIG“
nähere Infos ab Januar unter gruene-dortmund.de

Sonntag, 3. März, 11.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle, Königswall 8
NEUENTREFFEN

Mittwoch, 6. März, 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle, Königswall 8
JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

Donnerstag, 21. März
EQUAL PAY DAY

Samstag/Sonntag 8. und 9. Juni
BUNDESWEITER MITGLIEDERENTSCHIED (10 GRÜNE Projekte)

IMPRESSUM: GRinDo ist eine Publikation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Dortmund • Königswall 8 • 44137 Dortmund (Herausgeber)
Tel. 0231 - 12 11 71 • info@gruene-dortmund.de

V. I. S. D. P.: Hilke Schwingeler (Sprecherin) und Remo Licandro (Sprecher).

FOTOS: Gerd Schmedes (1, 3, 7, 9, 14, 15, 12, 13, 18, 19, 20), GRÜNE Dortmund (2, 11),
Cornelia Suhan (4/5), Rüdiger Heierhoff (10), Markus Kurth (13), Rita-Maria Schwalgin (16/17)

REDAKTION: Jens Woelki

LAYOUT & TITEL : Gerd Schmedes -> *gabak artistic advice*

DRUCK: Druckwerk Kollektiv GmbH, Dortmund

AUFLAGE: 1.000 Exemplare • Die Abgabe ist kostenfrei.



Dieser Ausgabe liegt ein Flyer der solarplus GmbH bei.